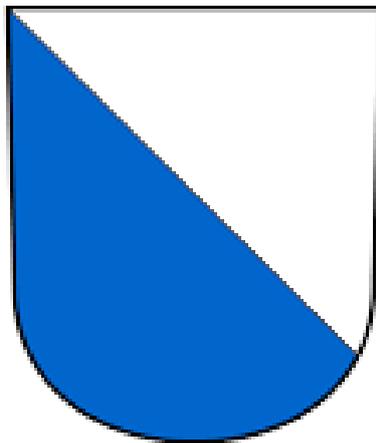


Rückblick auf die Zürcher Lokalpolitik

Zusammenfassung der wichtigsten Pressemeldungen



1. Hälfte März 2022

1. März

Die Zürcher Kantonalbank hat eine neuen Bankrätin. Sie ist die dritte Frau, die zusammen mit zehn Männern den Bankrat bildet. Das macht gerade mal einen Frauenanteil von 23%. Alle stammen von grünen Parteien, von der GLP zwei und von den Grünen eine. Zusätzlich zu ihrer Ausbildung als Ökonomin und Wirtschaftsprüferin hat die neue Bankrätin auch eine Ausbildung in Landwirtschaft.

Im Kantonsrat wird beschlossen, dass die Praktikant:innen in Zukunft in den Kindertagesstätten (KITA) nicht mehr beim Betreuungsschlüssel als Betreuungsperson angerechnet werden dürfen. Im kantonalen Kinder- und Jugendhilfegesetz wird festgehalten, wie viele Betreuungspersonen pro Kind eingesetzt werden müssen. Natürlich sind SVP und FDP dagegen, da sie höhere Kosten befürchten. Die Mitte und die EVP Stimmten mit den Links-Grünen.

2. März

Mitten im Geleisfeld des Vorbahnhofes besteht eine Werkstatt für die Bearbeitung der Zugräder, die nach höchstens 400'000 Kilometer wieder geschliffen werden müssen. Dort wurde jetzt ein 45 Tonnen schwere Drehbank eingebaut. Damit können täglich bis zu 20 Radsätze bearbeitet werden, ohne dass sie ausgebaut werden müssen. Ein Radsatz kann drei bis fünf Mal bearbeitet werden, bevor er gegen einen neuen getauscht werden muss.

Die Entlisberg- die Hellmut- und die Zschokkestrasse sollen in diesem Jahr während den fünf Wochen Sommerferien im Rahmen der Aktion «Brings uf d Strass!» für den Verkehr gesperrt werden. Ziel des Projektes des Tiefbauamtes ist, vielfältige Nutzungsmöglichkeiten von Quartierstrassen zu erproben.

3. März

Wieder einmal sind die KITAs Gegenstand von Auseinandersetzungen im Gemeinderat. Die privaten KITAs sind im Aufruhr, da der Tagessatz, der von der Stadt für subventionierte KITA-Plätze vergütet, offensichtlich ungenügend ist. Die Stadt rechnet jeweils mit einer Auslastung von 90% der verfügbaren Betreuungsplätzen, was offensichtlich zu hoch ist, sind es doch heute nur knapp 85%. Im Gemeinderat wurde denn auch anfangs Jahr eine parlamentarische Initiative ein gereicht, die eine Erhöhung des Tagessatz von aktuell 121 Franken auf neu 130 Franken verlangt. Heute sind die privaten KITAs fast gezwungen, Praktikant:innen einzustellen und damit Lohnkosten zu sparen. Ziel muss es sein, die Löhne der privaten KITAs jenen der städtischen KITAs anzugleichen.

Ein Vorstoss im Stadtparlament will, dass die städtischen Obdachlosenheime in Zukunft alle Obdachlosen und Suchkranken aufnehmen, ohne die Bedingung zu stellen, eine Therapie in Angriff zu nehmen oder sich auf eine spezielle Behandlung einzulassen. In Finnland sei dank dieser Massnahme die Obdachlosigkeit praktisch verschwunden. Gemäss einer Studie gibt es in Zürich rund 120 Obdachlose.

4. März

Endlich präsentiert der Regierungsrat eine Vorlage, die die Entlohnung der Kindergärtner*innen jener der Primarlehrer*innen angleicht. Lehrpersonen im Kindergarten und bei der Primarschule haben heute dieselbe Ausbildung und sollen deshalb auch gleich entlohnt werden.

Im Gemeinderat ist eine unselige Allianz im Entstehen begriffen, die die grundsätzliche Erneuerung des Schauspielhauses am Pfauen, wie sie vom Theater gefordert wird, verhindern wird. Die «Sparschweine» auf der Rechten und die Schauspielhaus-Nostalgiker auf der Linken, die der grossen Zeit des Schauspielhauses während der Nazi-Zeit nachtrauern, wollen die zukunftsweisende Erneuerung ablehnen.

7. März

Am vergangenen Samstag fanden gleich zwei Demonstrationen in Zürich statt. Am Morgen demonstrierten in etwa 40'000 Menschen gegen den Krieg in der Ukraine und für den Frieden. Am Nachmittag waren es um die 1'500 hauptsächlich Frauen, die an der traditionell unbewilligten Demo für Frauenrechte und Feminismus, gegen Ökozid und Femizid, für Internationalismus und Klassenkampf teilnahmen. Die Polizei verhinderte eine Demoroute durch die Bahnhofstrasse und zwang den Umzug schliesslich zum Ni-una-menos-Platz (Helvetiaplatz).

8. März

Lehrer*innen-Mangel im Kanton Zürich. Dieser wird sich in Zukunft wohl noch drastisch vergrössern, bildet doch die pädagogische Hochschule Zürich weniger Lehrpersonen aus, als in Zukunft gebraucht werden. Lehrpersonen haben ausser ihren Klassenstunden noch diverse Zusatzleistungen zu erbringen und dies neben einem vollen Arbeitsprogramm. Dies ist wohl ein Grund, weshalb die Lehrpersonen im Durchschnitt nur zu 70% arbeiten. Die Erziehungsdirektion möchte hier ansetzen und vier Wochenstunde mehr arbeiten lassen. Gemäss ihrer Berechnung würde dank dieser Massnahme, die eine Erhöhung der Arbeitszeit um etwa vier Prozent bedeutet, rund 11000 Lehrpersonen weniger gesucht werden müssen. Im Kantonsrat wurde allerdings eine andere Möglichkeit präsentiert: Die Lösung des Problems liege auf der Hand, «Schluss mit den Sparübungen. Es braucht eine Anpassung des Berufsauftrages an den tatsächlichen Alltag». Und das kostet eben Geld.

9. März

In Zürich, Winterthur und Kloten lancierten linke Parteien und der Gewerkschaftsbund gleichlautende Volksinitiativen, die einen Mindestlohn von 23 Franken fordern. Der Winterthurer Stadtrat unterstützt das Anliegen im Grundsatz, präsentiert jedoch einen Gegenvorschlag und will den Mindestlohn bei 21.6 Franken festlegen. Interessant ist, dass eine städtische Exekutive das Prinzip des Mindestlohnes akzeptiert. Wir warten auf die Antworten von Kloten und Zürich.

Am 9. März, aber nicht 2022 sondern 1522, also vor genau vor 500 Jahren, mitten in der Fastenzeit, organisierte Christoph Froschauer, Buchdrucker und Mitkämpfer von Huldrych Zwingli, ein Gelage. Es gab Wurst – das berühmte Wurstessen. Froschauer, der unter Anderem auch die «Zürcher Bibel» druckte, musste sich vor dem Rat der Stadt rechtfertigen. Er tat dies, mit dem Hinweis, von Fasten sei in der Bibel nichts vermerkt.

10. März

Der Stadtrat und mit ihm das Schauspielhaus erleiden eine empfindliche Niederlage. Der Gemeinderat lehnt mit 75 : 39 Stimmen einen Neubau des Theatersaales ab. Stattdessen soll es nur eine sanfte Renovation geben. Die Stadtpräsidentin warnt vor den Folgen einer sanften Renovation. Das Schauspielhaus könne so die Herausforderungen der Zukunft nicht meistern, zu viele Nachteile für Mitarbeitende und Publikum würden bestehen. Das Schauspielhaus sei in seiner Existenz bedroht.

Um dem Gastgewerbe in Zeiten der Pandemie Erleichterung zu verschaffen, hat der Stadtrat damals den Wirt*innen bewilligt, im Aussenbereich die Platzzahl um maximal 30% zu erhöhen, Gebühren für die Benutzung des öffentlichen Raumes wurden erlassen. Dieses Entgegenkommen war bis Ende März befristet. Dies gilt bis Ende 2022.

Das Kongresshaus, das erst im letzten Herbst seinen grossen Umbau abschliessen konnte, ist schlecht gestartet. Es kann seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen. Ein Konkurs war bevorstehend. Jetzt hat der Stadtrat in eigener Kompetenz beschlossen, der Kongresshaus AG ein Darlehen von 1.9 Millionen Franken (die Ausgabenkompetenz des Stadtrates reicht bis zu 2 Millionen Franken) zu gewähren. Der Businessplan soll komplett überarbeitet werden.

Der Subventionsvertrag zwischen der Stadt Zürich und der Zürcher Kunstgesellschaft, der Trägerin des Kunsthauses wird veröffentlicht. Darin gibt es eine klare Verpflichtung hinsichtlich Ethik und Provenienzforschung. Für die Sammlung Bührle wird ein spezifisches Vorgehen vorgeschrieben. Die Subventionen der Stadt für das Kunsthaus werden um 4.5 Millionen Franken erhöht, da die Ausstellungsfläche mit dem neuen Bau um 80% vergrössert wird, was natürlich auch mehr Personal erfordert.

11. März werden.

Tagesschule sollen jetzt in der Stadt Zürich flächendeckend eingeführt werden. Dagegen war im Gemeinderat nur die SVP. Da stellt sich auch die Frage des Mittagessens. Der Stadtrat schlägt vor, für ein Mittagessen pro Kind 9 Franken von den nicht allzu bedürftigen Eltern zu verlangen. Daneben gibt es noch einen reduzierten Tarif von 4.5 Franken. FDP und SVP stimmten diesen Beträgen zu, Grüne, AL und GLP plädierten für 6 Franken und die SP war für 0 Franken. Schliesslich beschliesst der Rat 6 Franken. Die Vorlage kommt noch vors Volk.

14. März

Das Zürcher Universitätsspital besteht aus 41 Kliniken, an deren Spitzen jeweils ein fast ausschliesslich männlicher Professor stand, der von der Uni ernannt wurde. Nach einigen Problemfällen wird jetzt eine neue Organisationsstruktur eingeführt. Die 41 Kliniken werden in drei Bereiche eingeteilt (bisher neun). Jeder Bereich wird von einem Gremium geleitet, das aus drei Personen besteht, je einer Ärzt*in, einer Pflegefachperson und einer Finanzspezialist*in. Diese Führungspersonen sind gleichberechtigt und jeweils für die Belange ihrer Berufsgruppe zuständig. Über diesen Bereichsleitungen steht die Spitaldirektion mit einer ärztlichen Direktion, einer Direktion der Pflege und einer Direktion der Finanzen. Erstmals in der Geschichte des Unispitals ist die Pflege nicht mehr den Ärzt*innen unterstellt.

Am 27. September 2020 gab es ein komfortables Ja zum neuen Hardtturmstadion. Gebaut wird immer noch nicht. Der Grund sind zwei Stimmrechtsbeschwerden. Die erste betrifft das Sicherheitskonzept. In erster und zweiter Instanz wurde die Beschwerde abgelehnt, das Bundesgericht aber befand, das Verfahren sein zu wiederholen, weil in der ersten Instanz, dem Bezirksrat, eine Person in den Ferien weilte und am Urteil nicht teilnahm. In voller Fünferbesetzung entschied der Bezirksrat wieder ablehnend, wie auch das Verwaltungsgericht. Der Fall ist zum zweiten Mal vor dem Bundesgericht. Die zweite Beschwerde moniert, in den Abstimmungsunterlagen sei nicht vermerkt gewesen, dass in einem der Wohntürme eine Schulanlage eingeplant sei. Erste und zweite Instanz lehnen die Beschwerde ab, auch sie wartet jetzt vor dem Bundesgericht. Für die Fussballclubs ist die Entwicklung schlicht frustrierend.

15. März

Ein äusserst wichtiges, politisches Geschäft hat der Kantonsrat behandelt! Bei Majorzwahlen soll in Zukunft mit bei Abstimmungsunterlagen auch ein Blatt beiliegen, auf dem die Namen jener Kandidierenden aufgeführt sind, die sich rechtzeitig registrieren liessen. Natürlich gilt dies auch für bisherige Behördenmitglieder. Das Problem: Sollen die Bisherigen zu Oberst auf dem Blatt alphabetisch aufgeführt werden, gefolgt dann von dann neu Kandidierenden, ebenfalls alphabetisch, oder sollen alle Kandidierenden alphabetisch erwähnt werden. Nach langer Diskussion schwingt die Lösung oben auf, die die Bisherigen begünstigt!